



SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT

WASHINGTON D.C. 20008, 11. April 1969  
2900 Cathedral Avenue N.W.  
Telefon HO 2-1811/7

Ref. FS/ul

POLITISCHES BERN  
P.B. Nr. 31 (Euer Kabel Nr. 157)  
mit KurierBudapester Vorschlag einer  
europäischen Sicherheitskonferenz

Der Budapester Vorschlag auf Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz wird in der gegenwärtigen NATO-Tagung hier intensiv diskutiert. Zu dieser Frage ist vorläufig vom Staatsdepartement (W. Stabler) folgendes zu vernehmen:

1. Nach dem Budapester Communiqué vom 17. März sind die Anerkennung der gegenwärtigen Grenzen in Europa, einschliesslich der Oder-Neisse Grenze und der Grenze zwischen Ost- und Westdeutschland, sowie der Existenz der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, ihr Verzicht auf Alleinvertretungsanspruch für das ganze deutsche Volk und ihr Verzicht auf Besitz von Atomwaffen Grundvoraussetzungen der Sicherheit Europas.

Diesen Grundbedingungen zufolge geht es den Russen mit Sicherheitskonferenz darum, den gegenwärtigen "status quo" in Europa zu sichern und zu institutionalisieren.

2. Einige der NATO- Alliierten sehen im Budapester Vorschlag den Ausdruck eines gewissen Fortschritts im Stand der Beziehungen zwischen Ost und West.

Aus ihrem eigenen Wunsch, diese Beziehungen zu verbessern und den Ostblockstaaten nicht einem propagandistischen Vorteil zu überlassen, sind sie der Meinung, dass der Vorschlag keineswegs kurzerhand zurückgewiesen werden sollte.

3. Der deutsche Aussenminister Brandt (zum Teil auch mit dem Blick auf innenpolitische Gegebenheiten) hat das Communiqué im Interesse einer Verbesserung der Ost-West-Beziehungen begrüsst, aber die obenerwähnten Vorbedingungen betreffend Deutschland abgelehnt.

4. Der widerspruchsvolle Charakter der Situation wird eindrücklich illustriert durch folgende Feststellungen:

Bonn sieht in der angestrebten Entspannung zwischen Ost und West den Weg zu einer späteren Wiedervereinigung Deutschlands.

Moskau dagegen postuliert die Anerkennung der Trennung Deutschlands als die Vorbedingung einer Entspannung.

5. Amerikanische Position:

a. Der Vorschlag entspricht im wesentlichen früheren

Warschauerpakt Vorstössen und enthält nicht viel Neues. Das zentrale Thema ist, Deutschland gespalten und von Nuklearwaffen fernzuhalten. Amerika (wie mehr oder weniger auch die andern Verbündeten) dagegen unterstützt bekanntlich die Zielsetzung einer friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands und einer endgültigen Festsetzung der deutschen Ostgrenzen in einem Friedensvertrag.

Dem neuen Vorschlag ist zweifellos starke propagandistische Tendenz beizumessen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen im Ostblock ist nicht einmal ganz sicher, ob die UdSSR heute in der Lage wäre, sich auf ernsthafte multilaterale Ost-West-Verhandlungen tatsächlich einzulassen.

- b. Man sieht hier kaum Anhaltspunkte für die These, dass die zunehmenden Spannungen zwischen China und UdSSR die letztere zum Budapester Vorschlag veranlasst haben könnten.
- c. Die Amerikaner halten für wenig wahrscheinlich, dass eine europäische Sicherheitskonferenz gegenwärtig durchgeführt werden und, wenn das doch geschehen sollte, dass sie zu nützlichen Ergebnissen führen könnte.
- d. Es sollte von den Russen demonstriert werden, dass es sich beim Budapester Vorschlag nicht einfach um ein neues Propaganda-Manöver handelt, mit dem sie ihre politischen Begehren von vornherein anerkannt sehen

wollten, sondern dass sie wirklich einen praktischen Fortschritt anstreben. Es stehen ihnen genügend Möglichkeiten offen, Reibungsflächen zu vermindern, zum Beispiel in bezug auf die Verkehrsverbindungen von Berlin. Die Amerikaner würden es begrüßen, wenn die Russen ihren Wunsch nach einer Verbesserung der Ost-West-Beziehungen, also zunächst praktisch im Zusammenhang mit konkreten europäischen Fragen beweisen würden.

- e. Die Amerikaner wollen aber keinesfalls den Eindruck aufkommen lassen, dass sie eine solche Konferenz fürchten würden oder dagegen eingestellt wären. Sie werden die Idee deshalb im Prinzip annehmen.
- f. Es ist klar, dass Nordamerika - USA und Kanada - nachdem es für die Sicherung von Europa in zwei Weltkriegen und nachher so grosse Opfer erbracht hat, von einer europäischen Sicherheitskonferenz nicht ausgeschlossen werden darf.

Dem gegenüber suchte die UdSSR bisher die USA von einer solchen europäischen Konferenz fernzuhalten, dagegen alle europäischen Staaten, auch die DDR, einzuschliessen.

Botschafter Dobrynin hat aber neuerdings im Staatsdepartement erklärt, die UdSSR schliesse nicht prinzipiell eine amerikanische Beteiligung aus. Der Entschluss

müsse aber von den europäischen Staaten selbst getroffen werden (offenbar im proponierten Zusammentreffen von europäischen Beauftragten zur Vorbereitung der Konferenz).

In dieser Proposition sei übrigens von "allen interessierten europäischen Staaten" die Rede, ohne dass aber damit klargestellt sei, welche Staaten als solche zu betrachten wären. Anzunehmen sei wohl, dass darunter diejenigen europäischen Staaten verstanden würden, welche sich selbst für die Teilnahme interessieren würden.

6. Zusammenfassend bemerkt unser Informator, dass die amerikanische Reaktion stark von taktischen Ueberlegungen bestimmt werde. Selbstverständlich seien die USA interessiert an jeder Initiative, welche eine Verständigung zwischen Ost und West fördern könne. Im Moment würden die Amerikaner eher als von Vorschlägen propagandistischen Charakters von vernünftigen praktischen Schritten, welche die Spannungen reduzieren helfen könnten, einen wirklichen Fortschritt erwarten. Sie seien aber bereit, jeden Vorstoss der andern Seite zu explorieren.
7. X erwähnt in diesem Zusammenhang auch die Bemühungen der im Schoss der UN organisierten Zehner-Gruppe, in der die Oesterreicher mit Waldheim eine führende Rolle

spielten. Die Gruppe sei wegen des Misstrauens der Russen nicht weiter gekommen, die ihren kleinen Verbündeten den damit sich öffnenden Spielraum nicht einräumen wollten.

Es sei bemerkenswert, dass die Rumänen nun trotzdem einen erneuten Vorstoss bei den Holländern unternommen haben mit dem Ziel, die Zehnergruppe zu reaktivieren.

8. X sieht offenbar einen gewissen Zusammenhang zwischen einem wünschbaren Abbau der Spannungen zwischen Ost und West einerseits und einer, wenn auch limitierten Bewegungsfreiheit der kleinern Ostblockstaaten, <sup>andererseits</sup> offenbar ein weiteres Argument, um den Budapester Vorschlag nicht einfach ablehnen. Umgekehrt würde ein erneuter russischer Machtmissbrauch in der Tschechoslowakei, wie X bemerkt, selbstverständlich jeder Bemühung um eine Ost-West-Entspannung den Boden entziehen.
9. X sieht keinerlei Gegensatz zwischen der Idee einer europäischen Sicherheitskonferenz und möglichen bilateralen amerikanisch-russischen Verhandlungen, welche naturgemäss andere Gegenstände haben. Er glaube sogar, dass erfolgreiche amerikanisch-russische Verhandlungen die Voraussetzungen könnten schaffen helfen für die fruchtbare Durchführung weitergespannter Initiativen.

10. Die österreichische Regierung habe übrigens bereits zum Ausdruck gebracht, dass nach ihrer Auffassung
- a. eine europäische Sicherheitskonferenz zum voraus sorgfältig vorbereitet werden müsste und
  - b. die USA einschliessen müsste.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER

